

Am Rande

Volk in Aktion

Mit dem Volk ist es so eine Sache: Mal schreit es nach der Todesstrafe, mal will es die Robben auf Feuerland vor dem Tod durch Jägerhand retten. Es nimmt die totale Video-Überwachung in den Innenstädten hin, lässt aber über ein allgemeines Tempolimit auf der Autobahn nicht mit sich reden. Das Volk ist launisch, unberechenbar und oft ein Sicherheitsrisiko. Aber manchmal hat es doch ein Gespür für das, was richtig ist, und für das, was es nicht geben darf. Neuntausend Bürger haben Beschwerde gegen die geplante Einstellung der Ermittlungen wegen der verschwundenen Kanzler-



amts-Akten in Sachen Panzergeschäfte, Leuna-Werke u. a. eingelegt. Jetzt will sich der zuständige Generalstaatsanwalt in Köln die Sache noch einmal angucken – und dann entscheiden, ob die Ermittlungen endgültig eingestellt oder wieder aufgenommen werden. Nach dem folgenlosen „Aufstand der Anständigen“ vom vergangenen Herbst und den heroischen Anti-Atom-Aktionen bei den Castor-Transporten macht sich die Basis wieder bemerkbar, diesmal auf dem klassischen Weg der Beschwerde bei einer Behörde. Ja, es geht nicht an, dass Bürger, die ein Bußgeld nicht bezahlt haben, mit Beugehaft bedroht werden, während der Ex-Kanzler, aus dessen Amt Akten über Milliardenvorgänge verschwunden sind, nur verwahrt wird. Da können aus neuntausend Beschwerdebriefen schnell neunzigtausend werden und aus ein paar Querulanten eine Massenbewegung. So spannend kann Demokratie sein, wenn das Volk mitmacht.

HOCHSCHULEN

Besser motiviert

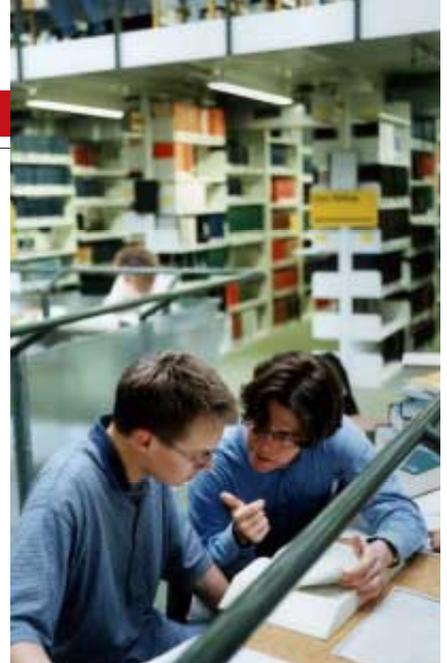
Künftig sollen die baden-württembergischen Universitäten ihre Studenten alle selbst auswählen dürfen. Eine entsprechende Regelung will der designierte Minister für Wissenschaft,



Frankenberg

Forschung und Kunst, Peter Frankenberg (CDU), in der kommenden Legislaturperiode einführen. Danach müssen angehende Studenten nicht mehr nur ausreichend gute Abiturnoten vorlegen, sie sollen zusätzlich Eignungstests absolvieren. Praktika oder eine abgeschlossene Lehre werden positiv berücksichtigt. Auswahlgespräche böten auch den Studienanfängern die Möglichkeit, ihre Wahl zu hinterfragen. „Wer weiß, dass er ausgewählt wurde, ist besser motiviert und bricht das Stu-

dium normalerweise nicht mehr ab“, so Frankenberg. Bislang werden den Hochschulen 80 Prozent der Bewerber für Studiengänge mit Numerus clausus über die Dortmunder Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) zugewiesen. Dieses System hält Frankenberg für anachronistisch und „wettbewerbsverhindernd“. Eine neue Arbeitsgruppe im Wissenschaftsministerium prüft derzeit, wie der Staatsvertrag zur ZVS gekündigt und das Hochschulrahmengesetz gekippt werden kann.



Studenten (an der Universität Konstanz)

BUNDESWEHR

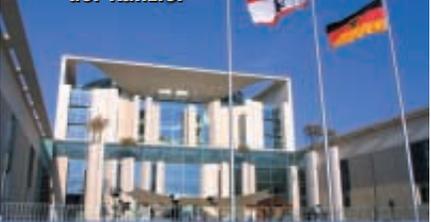
Gute Mine, böses Spiel

Die Bundeswehr verstößt womöglich gegen das auch von Deutschland ratifizierte Ottawa-Abkommen zum Verbot von Anti-Personen-Minen. Die Hilfsorganisation Medico International begründet diesen Vorwurf mit einem Bericht des Minenherstellers Dynamit Nobel. Der hatte die Kosten einer Modernisierung der 125 000 Bundeswehrminen des Typs DM 31 „zwecks Erfüllung des Ottawa-Übereinkommens“ auf 40 bis 50 Millionen Mark beziffert. Ein Sprecher der Firma räumt ein, der Zünder könne nicht nur durch Panzer, sondern auch „unbeabsichtigt“, etwa durch ein „vorbeifahrendes Moped“, ausgelöst werden. „De jure“ verstoße die Bundeswehr jedoch nicht gegen Ottawa, weil die DM 31 formal als – legale – Anti-Panzer-Mine gelte. Medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer spricht von einem „handfesten Skandal“. Das Abkommen von 1997 verbietet Minen, die „durch die Nähe einer Person“ gezündet werden könnten. Ein Bundeswehrsprecher sagte, die Bundeswehr besitze „keine Minen, die gegen das Ottawa-Abkommen verstoßen“.

Nachgefragt

Zu groß geraten

„Vergangene Woche hat Gerhard Schröder das neu gebaute Kanzleramt in Berlin bezogen. Halten Sie das neue Gebäude für angemessen?“



Emnid-Umfrage für den SPIEGEL vom 2. und 3. Mai; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

Ergänzende Daten zu dieser Umfrage und weitere tägliche Emnid-Umfragen finden Sie unter: www.spiegel.de/nachgefragt